

STUTTGARTER ZEITUNG

Nr. 131 | 23. Woche | 72. Jahrgang | E 4029

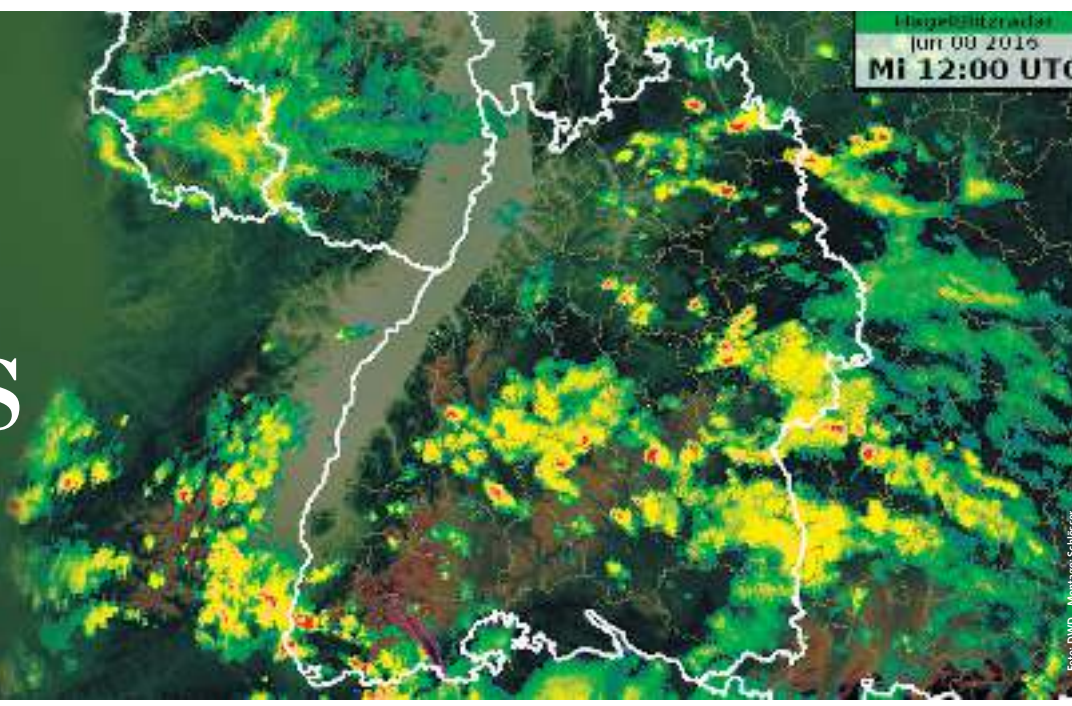
Donnerstag, 9. Juni 2016

1,80 €

Die Nöte der Meteorologen

Hagel, Blitze und Tornados

Um einigermaßen exakt die aktuellen Wetterphänomene vorhersagen zu können, brauchen die Experten Daten in rauen Mengen. SEITEN 3, 10, 25



Fehlende Netze als Achillesferse



Gesetz Die Energiewende kommt voran, der Markt wird gestärkt. Doch Schwächen bleiben. Von Roland Pichler

Ein Meilenstein und Paradigmenwechsel soll es sein. Mit diesen Worten umschreibt Wirtschaftsminister Sigmar Gabriel (SPD) die neue Reform der Ökostromförderung. Gerade weil solche Begriffe inflationär gebraucht werden, ist zu fragen, ob die Ankündigungen halten, was sie versprechen. Bei der Energiewende wurden oft Erwartungen geweckt, die sich nicht erfüllt haben. Unzählige Male schon haben Bund und Länder das Regelwerk mit dem sperrigen Namen Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) korrigiert, ohne dass die Verbraucher nachvollziehen konnten, wozu es geht. Zu undurchschaubar ist das Gesetz mit den vielen Ausnahmen geworden. Mit ihrer Stromrechnung zahlen Konsumenten jährlich 22 Milliarden Euro für die Förderung des Ökostroms. Dieser Posten wird in Zukunft noch steigen. Dennoch gibt es auch gute Nachrichten: Das Gesetz kann dazu beitragen, dass starke Preissprünge der Vergangenheit angehören.

Die Regierung macht das Richtige: Die auf Jahrzehnte garantierten Fördersätze für Windstrom oder Solarenergie soll es bald nicht mehr geben. Nicht mehr der Bundestag wird die Preise für Ökostrom festlegen, sondern der Markt. Künftig werden von der Politik nur noch Mengen ausgeschrieben, die großen Anbietern müssen sich dann auf Auktionen bewerben. Das ist ein wichtiger Beitrag, um einen effizienten Strommarkt zu schaffen. Dass davon Privathaushalte mit einer Solaranlage auf dem Dach ausgenommen sind, ist schon aus Gründen der Vereinfachung notwendig. Die Grundsatzentscheidung, dass sich auch die erneuerbaren Energien dem Wettbewerb stellen müssen, ist zu begrüßen. Die Ökostrom-Lobby übt an den Plänen im Einzelnen zwar viel Kritik, doch das Umsteuern ist unverzichtbar.

Fest steht: Mit der Energiewende ist Deutschland weitergekommen. Der Anteil der regenerativen Energien am Stromverbrauch hat sich seit 2010 verdoppelt; ein Drittel entfällt inzwischen auf erneuerbare Energien. In neun Jahren soll es nach den Plänen der Regierung schon knapp die Hälfte sein. Damit beweist Deutschland, dass der Ausstieg aus der Atomkraft möglich ist. Dennoch bleibt offen, ob sich der von der Vorgängerregierung beschlossene Ausstieg aus der Kernkraft bis 2022 wirklich umsetzen lässt. Denn immer klarer stellt sich heraus, dass der fehlende Netzausbau die Achillesferse der Energiewende darstellt. An der Nordsee- und Ostseeküste wird zwar immer mehr Windstrom produziert, doch er gelangt nicht in die industriellen Zentren im Süden und Westen der Republik. Vor allem Baden-Württemberg und Bayern laufen Gefahr, Verlierer der Energiewende zu werden. Beunruhigend ist, dass wichtige Stromautobahnen von Nord nach Süd frühestens 2025 – und damit drei Jahre nach dem Atomausstieg – fertig werden sollen. Damit sind Engpässe programmiert.

Die Politik redet dieses Problem klein, was für Industrie und Verbraucher nicht hinnehmbar ist. Schließlich geht es darum, ob Fabriken in sechs Jahren noch zu wettbewerbsfähigen Preisen Strom beziehen können. Von dieser Frage hängen nicht nur der Fortbestand von Betrieben, sondern auch viele Arbeitsplätze ab. Die Bundesregierung versucht die Gemüter zu beruhigen und verweist darauf, dass mit dem Vorrang für Erdkabel der Leitungsausbau vorankommt. Ob das gelingt, ist aber offen. Was passiert in der Übergangszeit, wenn sich die Stromautobahnen weiter verzögern? Bei den Übertragungsleitungen wird es auch Streckenabschnitte geben, die sich nicht für eine Erdverkabelung eignen. Die Politik hat auf die Bürgerproteste gegen die „Monstertrassen“ reagiert und nimmt in Kauf, dass sich der Netzausbau durch die Erdverkabelung massiv verteuert. Die Energiewende wird nicht gelingen, wenn der Ökostrom das Maß aller Dinge sein soll, die Leitungen aber bekämpft werden.

Kino

Untote gegen Adel: die Gaudi „Stolz und Vorurteil & Zombies“ SEITE 27

Reportage

Der Stuttgarter Choreograf Volpi und sein neues Ballett „Salome“ SEITE 28

Kultur

Das Kunstmuseum Stuttgart zeigt Plakate von Willi Baumeister SEITE 35

Die EM in der StZ

Sicherheit 90 000 Polizisten, Gendarmen, Soldaten und Geheimdienstmitarbeiter wachen über die EM. Trotzdem bleibt die Angst vor Anschlägen. Auch der DFB hat die Ausgaben für die Sicherheit drastisch erhöht. Neben Bodyguards sollen auch Antiterror Spezialisten die deutschen Spieler bewachen. SEITE 2

DFB-Team Nach dem Kreuzbandriss von Antonio Rüdiger hat der Bundestrainer Joachim Löw den 20 Jahre alten Leverkusener Jonathan Tah nachnominiert. „Wir müssen mit dieser Situation leben“, sagte Löw über das Verletzungspech. „Wir werden deswegen aber nicht unsere Ansprüche nach unten schrauben.“ SEITE 29

Exoten Erstmals werden bei der EM 24 Mannschaften am Start sein. Darunter sind auch einige Exoten wie etwa Nordirland, Island oder Albanien. Die Erweiterung des EM-Feldes ist das Vermächtnis von Michel Platini. Die Europameisterschaft wird am Freitag mit dem Spiel Frankreich gegen Rumänien eröffnet. SEITE 32

Energiegesetz reformiert

Das Bundeskabinett hat die Reform des Erneuerbare-Energien-Gesetzes beschlossen. Das Vorhaben lässt sich auf die Formel bringen: weg von den staatlichen Garantiepreisen für Ökostrom, hin zu mehr Wettbewerb. SEITE 12

Ehedrama in Stuttgart

Ein tödliches Ehedrama erschüttert den Stadtteil Mühlhausen: Die Leichen eines 46 und 50 Jahre alten Paares wurden am Mittwoch in einer Wohnung gefunden. Ausgerechnet die Kinder machten die grausige Entdeckung. SEITE 20

14 Häuser evakuiert

In einem Nürtinger Wohngebiet ist in der Nacht zum Mittwoch ein Hang ins Rutschen geraten. Allerdings nicht wegen starken Regens, sondern vermutlich wegen einer fehlerhaft gebauten Terrasse. 14 Häuser mussten evakuiert werden. SEITE 24

Wetter SEITE 10

Donnerstag 21°/10°	Freitag 22°/13°	Samstag 20°/12°

Börse SEITEN 15, 16

- 📈 Dax 10217,03 Punkte (- 0,69 %)
- 📈 Dow Jones 18005,05 Punkte (+ 0,37 %)
- 📈 Euro 1,1378 Dollar (Vortag: 1,1348)

Ausführliches Inhaltsverzeichnis SEITE 2



Anleger bereiten neue Klage gegen VW vor

Aktien Fonds, die 12,5 Milliarden Euro investiert haben, drohen mit einem Prozess, wenn der Konzern nicht verhandelt. Von Michael Heller

Dem VW-Konzern droht nach Informationen der Stuttgarter Zeitung eine Klage von Anlegern, die 12,5 Milliarden Euro investiert haben. Dahinter stehen gut 20 Investoren, die sich durch den Abgasskandal in den USA geschädigt sehen. Gesammelt hat die Ansprüche eine Stiftung in den Niederlanden. Dabei handelt es sich um Fondsgesellschaften, Vermögensverwalter, Pensionsfonds und Versicherer, sagte der österreichische Anwalt Eric Breiteneder, der zusammen mit anderen Kanzleien wie Baum & Reiter in Düsseldorf für die Stiftung arbeitet, der StZ.

Die Anleger werfen VW vor, im September vergangenen Jahres die Anleger zu spät über den Betrug bei der Messung von Abgaswerten informiert zu haben. Als die amerikanische Umweltbehörde EPA über die Vorgänge informierte, rutschte der VW-Aktienkurs in den Tagen darauf in den Keller. Der Anwalt Breiteneder macht zum Beispiel bei den VW-Stammaktien einen Schaden von knapp 57 Euro pro Aktie geltend; auch für die Kursrückgänge bei Audi und Porsche-Aktien macht er das Verhalten der Wolfsburger verantwortlich.

Die Stiftung setzt zunächst auf Vergleichsverhandlungen mit VW. Dies hat nach Breiteneders Angaben Vorteile für beide Seiten. VW, so sagte er, käme ohne langen Rechtsstreit zu einem Ergebnis und könnte so weitere Risiken ausschalten. Die Anleger würden Geld zur Minderung des Schadens erhalten, ohne dafür zahlen zu müssen. VW hat nach den Angaben des An-

legeranwalts Verhandlungen kategorisch abgelehnt, da das Unternehmen keine Verstöße gegen das Kapitalmarktrecht sieht.

VW selbst äußert sich etwas diplomatischer: „Momentan werden alle Sammelklagen auf ihre Sachverhalte juristisch geprüft. Zum Inhalt können wir nicht weiter Stellung nehmen, da dieser Gegenstand eines laufenden Verfahrens ist.“ Die Stiftung kann die Wolfsburger nicht zu Verhandlungen zwingen. Schadenersatzansprüche verjähren in Deutschland kurzfristig. Um auf der sicheren Seite zu sein, müsste eine Klage bis zum Jahrestag der EPA-Mitteilung am 18. September eingereicht werden. Breiteneder hofft, dass VW doch noch verhandelt, arbeitet nach eigenen Angaben aber am „Plan B“, der Klage.

Nach Breiteneders Worten geht es darum, ob der VW-Vorstand von den Manipulationen wusste oder davon hätte wissen müssen. Das hält er für nahezu erwiesen und wundert sich, dass VW nicht verhandelt. „Die Strategie, den Kopf in den Sand zu stecken, wird scheitern“, sagte er. Nach seiner Ansicht handelt es sich um „nahezu sichere Ansprüche“ der Anleger. Als Hinweis darauf betrachtet er das Engagement von Prozessfinanzierern, die im Erfolgsfall 35 bis 40 Prozent der Schadenersatzsumme erhalten. Viele Aktionäre haben VW verklagt. Der Anwalt Andreas Tilp alleine vertritt Klagen institutioneller Anleger in Höhe von mehreren Milliarden Euro.

- Kommentar: Wolfsburger Dilemma SEITE 3
- Umweg über Holland SEITE 11

Fritz Kuhn kritisiert die Bahn scharf

Der Stuttgarter OB Fritz Kuhn wirft der Bahn im Hinblick auf den Umgang mit den jüngst bekannt gewordenen Termin- und Kostenrisiken bei Stuttgart 21 einen Vertrauensbruch gegenüber den Projektpartnern vor. Er fordert von der Bahn, in Gesprächen „realistische Vorschläge“ zu unterbreiten, wie der Verzug aufzuholen sei. Diese dürften weder das Mineralwasservorkommen gefährden noch die Stadt lahmlegen. Kritik übt der Rathauschef auch am Bund. Der stehe in der Pflicht, das Eisenbahn-Bundesamt mit ausreichend Personal auszustatten. Bei den Sitzungen des Lenkungskreises würde sich Kuhn zudem einen Vertreter des Bundes wünschen. *ml*
- Bericht und Kommentar SEITE 19

Luff



Fang den Bellen

Die CSU wird bunt und schrill

Wenn am Samstag die bunten Wagen beim Christopher Street Day (CSD) in München durch die Innenstadt ziehen, dann wird es eine kleine Revolution geben: Erstmals ist ein CSU-Wagen mit von der Partei bei diesem fröhlich-lärmenden Umzug von Schwulen und Lesben. Die Sprüche der Christsozialen lauten: „CSU – anders, als man denkt“ sowie „Bayern. Die Vielfalt“. Letzteres ist eine Anspielung auf den CSU-Slogan bei der letzten Landtagswahl, die Partei hatte damals „Bayern. Das Land“ getextet. „Das wird eine tolle Sache“, sagt Patrick Slapal. „Auf den Wagen passen gut 40 Leute.“ Der 27-Jährige, ein Nachwuchspolitiker der Jungen Union, ist einer der Organisatoren des neuen Wagens. Er engagiert sich auch im „Lesbisch-Schwulen Netzwerk der CSU“, welches die Gruppe mit LSU abkürzt. Das hört sich subversiv an in der konservativen Partei, die wie keine andere im Bundestag Ehe und traditionelle Familie als bevorzugte Lebensmodelle hochhält.

Es ist auch ein Stück weit subversiv. Das von Slapal und anderen Mitstreitern gegründete Netzwerk hat 80 Mitglieder aus

München Premiere: ein Wagen der Partei auf dem Christopher Street Day. Von Patrick Guyton

der CSU, eine offizielle Arbeitsgemeinschaft ist es aber nicht. Die Aktivisten setzen sich zum Ziel, im neuen Parteiprogramm die völlige Gleichstellung von lesbisch-schwulen Partnerschaften mit der Ehe zu verankern. „Ein mühsamer Weg“, weiß Slapal. Auf Aversionen oder offene Widerstände ist er bisher nicht gestoßen, allerdings bleibt die Aussage von Alexander Dobrindt als einstigem Generalsekretär im Gedächtnis, dass Schwule eine „schrille Minderheit“ darstellten.

Schul und konservativ: Für Slapal ist das kein Gegensatz. Schon mit 14 Jahren ist er in die CSU eingetreten, von seiner sexuellen Orientierung wusste er da noch gar nichts. Die schwulen Christsozialen haben durchaus namhafte Unterstützer: Der Münchner Bürgermeister Josef Schmid läuft schon seit Langem beim CSD mit. Und Kultusminister Ludwig Spaenle, zugleich Münchner CSU-Chef, war über die Planungen informiert – und legte keinen Widerspruch ein. Die Parteispitze zeigt sich unterdessen gelassen bei dem Thema. Das sei „Angelegenheit des Bezirksverbands München“, sagt ein Sprecher. „Wir haben keine Einwände, es ist nicht unser Bier.“